

---

# Euro-Rettung: Von wegen alternativlos

HANS-OLAF HENKEL

---

Prof. Dr. Hans-Olaf, Henkel, ehemaliger Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und der Leibniz-Gemeinschaft, E-Mail: henkel@wgl.de

---

**Zusammenfassung:** Früher einmal ein überzeugter Anhänger des Euro fürchte ich nun, dass uns der Euro zur Übernahme von Schulden verurteilt, die andere Staaten verursacht haben. Denn mit dem Euro-Schutzschild wurde aus einer Wettbewerbsgemeinschaft eine Transfergemeinschaft. Dieses Garantieverprechen, für welches die jetzige Bundesregierung verantwortlich zeichnet, wurde von Medien und Politik überraschend schnell ad acta gelegt. Dabei wurde suggeriert, dass diese Entscheidung alternativlos gewesen sei. Es gibt aber durchaus Alternativen. Die Devise lautet: „Abschied vom Einheitseuro!“. Um eine Diskussion über Alternativen in Gang zu setzen, müssen wir zunächst mit dem Diktum der „Alternativlosigkeit“ aufhören. Der von Kanzlerin Merkel proklamierte Ausspruch „Scheitert der Euro, scheitert Europa“ ist nicht nur falsch, sondern auch leichtsinnig und verantwortungslos. Im folgenden Text werden die Ereignisse, die zu meinem persönlichen Sinneswandel führten, erläutert und die Misere des „alten“ Euro beleuchtet. Deshalb schlage ich den gemeinsamen Austritt einiger Länder aus dem derzeitigen „Einheitseuro“ vor, um einen „Nordeuro“ zu begründen.

→ JEL Classification: G01, H60

→ Keywords: Wirtschafts- und Finanzkrise, Euro, Verschuldung, Rettungsschirm.

Die hier abgedruckten Textstellen sind teilweise dem Buch von Hans-Olaf Henkel: „Rettet unser Geld! Deutschland wird ausverkauft – Wie der Euro-Betrug unseren Wohlstand gefährdet“ entnommen.

---

## I **Einleitung**

Ich bekenne mich schuldig: Auch ich war einmal überzeugter Anhänger des Euro und habe mich als BDI-Präsident in Deutschland und anderen europäischen Ländern für seine Einführung eingesetzt, obwohl die Deutschen mehrheitlich dagegen waren. Natürlich wusste ich damals schon um die Risiken, die mit einer neuen Einheitswährung verbunden waren, und ich ahnte, welche Folgen der Verlust der harten D-Mark für unser Land bedeuten konnte. Doch schienen mir die Vorteile zu überwiegen, zumal unsere Politiker in Maastricht Sicherungen durchgesetzt hatten, die dem Euro sowie den mit ihm verbundenen Volkswirtschaften zu nachhaltiger Stabilität verhelfen würden.

Doch es kam anders, und heute sehe ich meinen Einsatz für den Euro als größte Fehleinschätzung meiner beruflichen Laufbahn. Denn das, was anfangs wie ein Segen für ein gemeinsames Europa erschien, hat sich heute als Hypothek entpuppt, von der nicht nur die Zukunft der Gemeinschaft, sondern vor allem auch die unseres eigenen Landes bedroht ist. Für die Deutschen hat sich die Gemeinschaftswährung bereits als schwerer Nachteil erwiesen – sie haben es nur noch nicht gemerkt.

## 2 **Aufbau der „Bugwelle“**

Im Leben eines jeden Menschen gibt es einschneidende Ereignisse, persönlicher wie politischer Art, nach denen „nichts mehr ist, wie es war“ – im politischen zähle ich dazu die Währungsreform 1948, mit der der Wiederaufstieg unseres Landes begann; aber auch den Mauerfall vierzig Jahre später, der die unerträgliche Teilung unseres Landes beendete. Beide Ereignisse haben, wie sich rückblickend feststellen lässt, das Leben in Deutschland entscheidend verändert – mein eigenes auch: Mit Ersterem wurde meiner Familie, die im Krieg Vater und Besitz verloren hatte, ein erfolgreicher Neuanfang ermöglicht. Mit Letzterem begann mein neues Leben in einer Bundeshauptstadt Berlin, wo ich im letzten Jahr im ehemaligen Ostteil, direkt am Brandenburger Tor meinen siebzigsten Geburtstag feiern durfte.

Leider gibt es im politischen Bereich erfahrungsgemäß mehr negative Vorkommnisse, die sich den Menschen tief einprägen, auch wenn sie keine sichtbaren Narben hinterlassen: die amerikanische Immobilienkrise, die wie ein Erdbeben wellenartig aus den USA zu uns herüberschwappte und an unserer Volkswirtschaft wie an den privaten Vermögen Milliardenschäden anrichtete. Ein Betrug historischen Ausmaßes erschütterte damals die Welt und, wie ich zugebe, auch mein Vertrauen in die globale Finanzstruktur und deren Kontrolleure.

Die Katastrophe, die durch die tödliche Mixtur aus krimineller Energie und Ahnungslosigkeit ausgelöst wurde, scheint heute fast vergessen. Dass der Steuerzahler und seine Kinder sowie deren Kinder noch in einem halben Jahrhundert die Kosten für den staatlichen *Bail out*, die Auslösung bankrottgefährdeter Banken und Unternehmen, abzubezahlen haben, wird nicht mehr thematisiert – man könnte auch sagen: wird verschwiegen. Wenn die Bundesregierung im September 2010 mal eben zur neuerlichen Rettung der verstaatlichten Hypo-Real-Estate für vierzig weitere Milliarden garantieren muss, regt sich schon keiner mehr auf.

Dass zudem unsere Staatverschuldung seit diesem finanziellen Tsunami explosionsartig auf die Höhe von zwei Billionen Euro emporgestiegen ist, scheint die Tagespolitik kaum zu berühren, die sich, statt das Problem an der Wurzel zu packen, in homöopathischem „Schuldenabbau“ übt. Bildlich gesprochen schiebt unser Staatsschiff eine gewaltige Bugwelle vor sich her, die unsere Fahrt immer anstrengender werden lässt und dabei immer mehr anschwillt, bis sie irgendwann das Deck überspült und das Schiff zum Sinken bringen wird. Das kann in einem Jahrzehnt, es könnte aber auch schon in den nächsten Jahren geschehen.

### 3 Misere des „alten“ Euro

Nun ist wieder etwas eingetreten, das diese Bugwelle weiter anwachsen ließ, etwas, das ich zu jenen negativen Ereignissen im politischen Bereich zähle, mit denen sozusagen eine „neue Zeitrechnung“ beginnt. Ich spreche von dem riesigen „Schutzschild“, der als Folge der Griechenlandkrise über dem Euro ausgespannt wurde und der für Deutschland dasselbe bedeutet wie die Reaktion auf die Immobilienkrise: Schulden, die andere – damals die Hauskäufer in den USA, heute die Politiker Griechenlands, Irlands und Portugals, morgen die anderer Euro-Länder – verursachen, müssen mit deutschem Steuergeld beglichen werden. Obwohl es sich auch hier um einen ungeheuerlichen Milliardenbetrag handelt, für den wir im Bedarfsfall geradestehen müssen, ist man schnell zur Tagesordnung übergegangen. Selbst der Rücktritt des Bundespräsidenten, der unmittelbar auf seine Unterzeichnung des Schutzschirms folgte, war schnell verwunden – man hatte ja nun Herrn Wulff.

Was mich betrifft, habe ich es nicht verwunden. Es ist auch schwer zu verkraften: Denn dieses Garantieverprechen, für das die jetzige Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel verantwortlich zeichnet, schließt mehrere schwerwiegende Tatbestände ein.

Den blitzschnellen, in einer Nacht-und-Nebelaktion durchgezogenen Bruch von Verträgen und Abmachungen früherer Regierungen sowie den damit verbundenen massiven Verstoß gegen Gesetze nenne ich einen *Putsch*. Inzwischen hat sogar die französische Finanzministerin Lagarde zugegeben, das es sich in der Tat um einen „Coup d’Etat“ gehandelt hat, denn diese Aktion war weder durch Paragraph noch Geist der Gesetze gedeckt.

Die Auflösung des Schutzschirms von Maastricht, der über dem deutschen Steuerzahler aufgespannt war, zugunsten eines Schutzschirms, der bedrohte Schuldenstaaten auf unsere Kosten retten soll, nenne ich *Untreue*.

Das fatale Zusammenwirken der beteiligten EU-Politiker, die – um ihrer eigenen Sicherheit willen – den Deutschen deren Sicherheit „abluchsten“, während diese, vertreten durch die Bundesregierung, die dramatische Verlagerung von Verantwortung einfach abnickten, weil die Politiker sich eine generelle Euro-Debatte ersparen und keine Wählerstimmen riskieren wollten, nenne ich *Betrug* (Henkel 2010b).

Zugegeben, harte Worte. Vor allem das letztere dürfte Widerspruch wecken, doch zu Unrecht. Strafrechtlich gesehen, handelt es sich bei Betrug um die Schädigung des Vermögens eines anderen durch bewusste Vorspiegelung falscher Tatsachen oder Unterdrückung der Wahrheit, mit

dem Zweck, sich gegenüber dem Geschädigten einen Vorteil zu verschaffen. Dass dies auf die überfallartige Einführung des Euro-Rettungspakets zutrifft, steht für mich außer Zweifel.

Lange hat mich dieses – von Medien und Politik überraschend schnell ad acta gelegte – Ereignis beschäftigt. Oft grübelte ich nachts darüber, was wirklich damit an Unheil angerichtet war, dessen ganze Tragweite sich erst, wie jenes unseres 1,8 Billionen-Schuldturms, in der Zukunft erweisen würde. Zugleich dachte ich über Lösungsmöglichkeiten nach, die unser Land aus der finanziellen Falle, die uns damit gestellt worden war, befreien würden.

Nicht weit vom Reichstag entfernt, wo ich lebe, hatte ich im Halbschlaf einen seltsamen Traum – die Zeit lief ins Jahr 2009 zurück, genauer: zum Abend der letzten Bundestagswahl. Zu meiner Überraschung hatte Rot-Grün gewonnen und nicht Schwarz-Gelb. Statt Merkel wurde bald darauf Steinmeier zum Bundeskanzler gewählt, und im neuen Jahr kam mit der Griechenlandkrise eine der ersten Herausforderungen auf die neue Regierung zu.

Für Kanzler Steinmeier lag der Fall klar: Einem europäischen Bruderland, noch dazu unter sozialistischer Führung, musste geholfen werden, und ohne große Umstände brachte sein Finanzminister Steinbrück das gewaltige 148-Milliarden-Rettungspaket auf den Weg. Doch die Republik, aufgerüttelt von einer leidenschaftlich kämpfenden Oppositionsführerin Angela Merkel, begehrte auf. In allen Medien wurde der durch Rot-Grün begangene Wortbruch angeprangert, die Aufweichung des Euro beklagt, der Ausverkauf Deutschlands empört vorausgesagt, und das zu Recht: Aus Gründen falsch verstandener Solidarität hatte man das Tafelsilber der Nation verpfändet.

Mein Traum ging noch weiter: Der Schutzschirm, von Steinmeier und Steinbrück garantiert, wurde für die Regierung zum Albtraum. Die Zustimmung der Bevölkerung sackte auf ein historisches Tief ab (16 Prozent SPD, 7 Prozent Grüne), täglich fanden in den Großstädten Demonstrationen statt, die sogar die Proteste gegen Stuttgart 21 bei weitem übertrafen. Als das Rettungspaket aus „Solidarität mit Griechenland“ an einem einzigen Tag durch Bundestag und Bundesrat durchgepeitscht wurde, kam es zum Eklat. Bundespräsident Horst Köhler, der einst den Euro-Stabilitätspakt mit ausgehandelt hatte, verweigerte die Unterschrift. Es kam zur Staatskrise, Köhler löste den Bundestag auf und setzte Neuwahlen an. Keinen wunderte es, dass Rot-Grün von den Wählern vernichtend abgestraft wurde, während CDU/CSU und FDP, als Verteidiger deutscher Interessen und der Wettbewerbsfähigkeit des Kontinents, einen historischen Sieg einführen.

Sogleich begannen Merkel und Westerwelle, praktisch umzusetzen, was sie im Wahlkampf versprochen hatten und wofür sie gewählt wurden: „Abkehr vom Schuldenstaat! Abschied vom Einheitseuro! Einführung eines weiteren Euro für die Länder, die sich an der Einführung eines Eurobonds und damit der Umwandlung einer Währungs- zu einer Transfergemeinschaft nicht beteiligen wollen!“

Ich erwachte und war zurück im grauen deutschen Herbst 2010. Der Rettungsautomatismus – für die Deutschen ein wahres Damoklesschwert – war installiert, und man hat es Kanzlerin Merkel abgenommen, dass er auch noch „alternativlos“ sei. Ich weiß nicht, ob sie sich darüber Rechenschaft abgelegt hat, dass dieser Ausdruck einem Denkverbot gleichkam. Es war wohl ihr Äquivalent zu Schröders „Basta“. Ein neues Tabu war geschaffen.

Mein Traum, so ging mir dann auf, hatte den Nagel auf den Kopf getroffen: Durch den Sieg der bürgerlichen Parteien Schwarz-Gelb, den ich mir damals so sehr gewünscht hatte, war der Wortbruch erst möglich geworden, denn eine rot-grüne Opposition konnte die Schuldengarantie aus ideologischen Gründen nicht ablehnen.

Ein ähnlicher Fall, nur umgekehrt, war Ende der 90er Jahre eingetreten, als Rot-Grün an der Macht war. Wie heute die Merkel-Regierung dem Drängen der EU-Partner, hat damals das Duo Schröder-Fischer dem Drängen der Nato nachgegeben und am Kosovo-Krieg teilgenommen, wobei man als Rechtfertigung auf ein dort drohendes neues „Auschwitz“ hinwies, was auch noch geglaubt wurde. In diesem Fall mussten, aus atlantischer Bündnistreue, CDU/CSU und FDP schweigen, und da Schröder das wusste, konnte er unbekümmert loslegen. Ganz anders wäre der Fall gelegen, wenn die Konservativen in Berlin regiert hätten: Wäre Kohl in diesen Krieg gezogen, hätte Rot-Grün einen pazifistischen Aufstand angezettelt, dem sich erst die Medien, dann die ganze Nation angeschlossen hätte – möglicherweise mit einem schnellen Ende für die schwarz-gelbe Regierung.

Im Fall des Euro-Rettungsschirms, der schon immer zu den Wunschträumen Frankreichs und den Albträumen Deutschlands gehört hatte, war unglücklicherweise die falsche Koalition am Werk: Merkel-Westerwelle konnten diesen Schritt tun, den die meisten der ernsthaften Wirtschaftswissenschaftler für ein brandgefährliches Vabanquespiel halten, weil sie wussten, dass die Opposition schweigen würde. So ist der nationalökonomische GAU eingetreten, und es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann er die öffentlichen Kassen erreicht.

Eigenartig erscheint, dass die wirtschaftliche Erholung in Deutschland weiterging, mit der Folge, dass die Regierung erst einmal zum Tagesgeschäft übergehen konnte und die Medien sich auf neue „Aufreger“ stürzten. Die nun eingetretene Beruhigung lässt sich mit der eines Mannes vergleichen, der aus einem Hochhaus gesprungen ist und im Fallen meint, dass man sich von den Risiken doch übertriebene Vorstellungen mache. Leider sind wir es, die sich im Sturz befinden und die wir uns als Trost zurufen können, dass keiner weiß, wie tief der Abgrund ist, dem wir entgegensausen.

Manche meinen gar, dass wir in Wahrheit gar nicht fallen, sondern dass es entweder ewig so weitergeht oder dass man sich vielleicht sogar im Aufwind befindet, wie uns der trügerische Dax-Index ab und zu vorspiegelt. Aber sie irren sich. Der Abstieg, der ein Absturz ist, hat mit dem Rettungspaket unvermeidlich begonnen – auch wenn die ersten bitteren Konsequenzen sich erst nach Jahren zeigen.

Der Grund ist einfach. Noch bevor es zum GAU kommt und einer oder mehrere der europäischen „Südstaaten“ deutsche Garantiemilliarden abrufen, wirkt die Konstruktion bereits auf all jene, die gern Schulden machen, um Wähler zu gewinnen, wie eine herrliche Beruhigungspille: Ich verschwende – andere bezahlen. Welch traumhafte Vision!

#### 4 **Die Alternative**

Der Schutzschirm wird Europa entscheidend verändern: Aus einer Wettbewerbsgemeinschaft wird eine Transfergemeinschaft werden. Für die Segnungen dieser Einrichtung besitzen wir in

Deutschland mit dem sogenannten Länderfinanzausgleich das beste Beispiel: Gegenwärtig gibt es bei uns von insgesamt 16 Bundesländern nur noch drei Geberländer. Glücklicherweise sind eigentlich nur noch die Nehmerländer zu nennen. Wenn etwa Berlin einen Euro ausgibt, bekommt es von den weniger glücklichen Ländern 97 Cent zurück. Wenn dagegen Bayern einen Euro spart, muss es davon 97 Cent anderen abgeben. Seltsamerweise hat das für Bremen und für Bayern die gleiche Konsequenz: Sparen lohnt sich nicht. Schon bald wird auch in der Eurozone eine Minderheit von Geberländern bei wichtigen Entscheidungen von einer Minderheit von Nehmerländern überstimmt werden.

Schon bevor mit der Griechenlandrettung und dem Euro-Schutzschirm Europa unwiderruflich in eine Transfergemeinschaft verwandelt wurde, hat Berlins Regierender Bürgermeister Wowereit die Absurdität einer solchen Regelung vor Augen geführt. Er hat nämlich entschieden, dass demnächst den Berlinern freie Kindergartenplätze angeboten werden sollen, was die Eltern freuen und umso geneigter stimmen wird, ihn und seine Partei zu wählen. Nicht freuen wird es jene, die für die Millionen aufkommen müssen, nämlich Bayern und die anderen Geberländer, die sich im Würgegriff des Finanzausgleichs befinden (RP-Online 2009).

Die absurde Konsequenz: Da die Sozialpolitiker in Bayern, Hessen und Baden-Württemberg feststellen, dass Herr Wowereit sich auf ihre Kosten einen wählerfreundlichen Luxus leistet, beschließen sie desgleichen zu tun, weil auch sie an ihre Wähler denken müssen: Auch bei uns sollen Kindergartenplätze nichts mehr kosten! Nun kann man sich leicht vorstellen, wie dieser Mechanismus, den man auch als System organisierter Verantwortungslosigkeit bezeichnen könnte, bei unseren europäischen Nachbarn wirken wird. Aus dem System dieser Ausgabesymmetrien wird bald eine Leistungs- und Kostenspirale, an der jeder mit der Gewissheit teilnehmen kann, dass nur die letzten die Hunde beißen.

Die letzten, das werden diejenigen sein, die die anderen an Fleiß, Sparsamkeit und haushälterischer Disziplin übertreffen. Großartig, werden die anderen sagen, die leisten und sparen für uns mit! Und keiner wird den Mut haben, die Wahrheit auszusprechen, dass eine solche „Gemeinschaft“ aus Teilnehmern besteht, deren jeder sich, so gut er eben kann, auf Kosten der anderen zu bereichern sucht.

War die EU einst als eine Wettbewerbsgemeinschaft konzipiert, in der jeder den anderen an Produktivität und Lebensqualität zu übertreffen sucht (Vertrag über die Europäische Union 1992), wird sie nun zur Verteilungsgemeinschaft, bei der es eine neue Wettbewerbsdisziplin geben wird – nämlich wer den anderen das meiste abknöpft. Kurz gesagt: Die Frage ist nicht mehr, wer leistet am meisten, sondern wer leistet *sich* am meisten. Man kann sich denken, dass der Tugendhafte, auf dessen Kosten sich die anderen etwas leisten, die längste Zeit tugendhaft gewesen ist.

Für Deutschland wird dies auf Dauer die Konsequenz zeitigen, dass es sich immer weniger von den anderen unterscheiden wird, statt, zusammen mit Holland, Österreich, Finnland, Luxemburg die Felsen in der Brandung abzugeben, die Stabilitätskultur über Bord werfen und den Abwärtstrend verstärken wird. War es nicht die Rot-Grüne Bundesregierung, die „ohne Not“, will sagen ohne Rekurs auf eine Naturkatastrophe und ohne eine weltweite Finanzkrise die von Deutschen durchgesetzte Maastricht-Neuverschuldungsgrenze von 3% durchbrach? Was das für Europa bedeutet, lässt sich leicht ausmalen: Der Kontinent, einst Lokomotive und Ideenlieferant der ganzen Welt, wird hoffnungslos hinter die anderen großen Regionalblöcke zurückfallen.

Der GAU, den die Merkel-Regierung nun für uns vorprogrammiert hat, ist mitnichten, wie sie behauptet hat, „alternativlos“. Es gibt eine Alternative. Sie kam vom französischen Staatspräsidenten höchstpersönlich, dem stärksten Befürworter des Rettungsschirms. Am Vorabend der Verabschiedung des Pakets soll laut dem spanischen Präsidenten Zapatero der französische Präsident Sarkozy damit gedroht haben, falls Deutschland den Vertragsbruch nicht mittragen würde, den Franc aus der gemeinsamen Währung zu nehmen, will sagen: Fortan hätte es neben dem Euro wieder den französischen Franc gegeben.

Kaum zu glauben: Der französische Präsident droht den Vertretern der ehemaligen Hartwährung D-Mark damit, seine ungeliebte Weichwährung wieder einzuführen, die Frankreich selbst nicht schnell genug loswerden konnte. Und wir, das heißt die Regierung Merkel, fallen auf diesen Bluff herein! Das mindeste, was ich von der Bundesregierung erwartet hätte, wäre die passende Reaktion gewesen, nun ihrerseits diese Karte auszuspielen: Falls die EU in eine Transfergemeinschaft umgewandelt würde, die – in Analogie zum Länderfinanzausgleich – aus einer kleinen Minderheit von Geberländern und einer lachenden Mehrheit von Nehmerländern besteht, würde die Bundesrepublik die D-Mark wieder einführen.

In jedem Fall hätte die Kanzlerin gewonnen: Entweder wäre der fatale Rettungsschirm nicht gekommen oder die Deutsche Mark wäre wieder eingeführt worden. Stattdessen hat die Kanzlerin sich für den Weg des geringsten Widerstands entschieden und all das unterschrieben, was für das Land, dessen Nutzen zu mehren sie geschworen hatte, Schaden bringen wird.

Übrigens auch für Europa. Ich glaube an Europa, aber nicht an die fixe Idee der Technokraten, die alles über einen Leisten schlagen möchten und jede nationale Abweichung als Bedrohung empfinden, sondern an das Europa der Vielfalt. Wir brauchen die Nationalstaaten, die sich durch Wettbewerb untereinander profilieren, aber auch gegenseitig zu Höchstleistungen anstacheln. Nur wenn die europäischen Staaten ihre marktwirtschaftliche Wettbewerbskultur weiterentwickeln, können sie in der globalen Konkurrenz mit den anderen Weltteilen mithalten. Europa hat seinen Glanz dem Wettbewerb der Nationen zu verdanken – die nun beschlossene Transfergemeinschaft wird dagegen für schnelle Abstumpfung sorgen: Man strebt nicht nach oben, sondern orientiert sich nach unten.

Die Gemeinschaftswährung hat unbemerkt diesen Verfall noch beschleunigt. Denn das Privileg, an der Währungsstabilität der Starken teilhaben und diese als geldwerten Vorteil einstreichen zu dürfen, ist vielen schwachen Ländern nicht bekommen. Und weil die EU der Erhaltung des Gemeinschaftsgefühls mehr Gewicht beimaß als der Erhaltung ihrer Geldwertstabilität, ist der Euro auch den starken Ländern nicht bekommen.

Weil ich keine Chance mehr für den Einheitseuro sehe, es sei denn zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Kontinents, habe ich mir die Devise „Abkehr vom Schuldenstaat! Abschied vom Einheitseuro!“ zu eigen gemacht. Will Europa von einem zentral geregelten Transferverbund zu einer kreativen Wettbewerbsgemeinschaft zurückkehren, weil es seine Stabilität und zugleich seine globale Konkurrenzfähigkeit behalten will, so braucht es eine neue Währung, die den in Europa vorherrschenden kulturellen und wirtschaftlichen Unterschieden Rechnung tragen muss.

Als Alternative zur „alternativlosen“ Umwandlung von einer Währungs- und Wirtschafts- zu einer Transfergemeinschaft schlage ich deshalb den gemeinsamen Austritt einiger Länder aus der

Eurozone vor, die ich der Einfachheit halber als „Nordländer“ bezeichnen würde. Der „Nordeuro“ und der weiter bestehende Einheitseuro würden ziemlich genau die Mentalitätsunterschiede der betroffenen Länder widerspiegeln, eine „Nordzone“ um Deutschland, Österreich, die Benelux-Staaten und Skandinavien, deren Festhalten an Geldwertstabilität und Haushaltsdisziplin durch einen aufgewerteten Nord-Euro repräsentiert würde und eine „Südzone“ um Frankreich, Spanien und Italien, in denen Inflation weniger Panik auslöst, die mit dem dann im Verhältnis zum „Nordeuro“ abgewerteten bestehenden Einheitseuro schlagartig an Handlungsfähigkeit wieder gewinnen würden (Henkel 2010a).

Dass eine solche Zweiteilung geboten erscheint, kann man aus den seit der Einführung des Einheitseuros gewonnenen Erfahrungen ablesen. Es gibt klare Divergenzen zur Inflationsentwicklung des „Nordens“ und der anderen Länder. Die ersteren blieben weit unter, die meisten der anderen Länder weit über der Inflationszielvorgabe der EZB. Schon deshalb erscheint das Festhalten an einem einheitlichen Zinssatz als eine grobe Verletzung marktwirtschaftlicher Grundregeln. Wollte man eine Zweiteilung an der Kreditwürdigkeit der jeweiligen Länder festmachen, käme man ebenfalls zu einer solchen Aufteilung. Auch beim Verhalten der jeweiligen Zentralbankchefs bei der Abstimmung über den Aufkauf der sogenannten „Schrottpapiere“ ergibt sich eine entsprechende Aufteilung. Das gleiche wird beim Votum der Staats- und Regierungschefs über die Einführung der sogenannten Eurobonds zu beobachten sein. Die „Nordländer“ wären dagegen, die Länder, die im Euroverbund verbleiben, dafür.

Klar ist, es haben sich in den nun über zehn Jahren der „Euroehe“ zwei klar zu differenzierende Kulturen entwickelt, und beide haben sich auseinandergelebt. Anstatt die Ehe nun mit gewaltigem Aufwand und zu Lasten beider zusammenzuhalten oder das Risiko einzugehen, dass die Märkte (wenn nach Griechenland, Irland und Portugal auch Spanien und Italien „gerettet“ werden müssen) eine totale Renationalisierung der Einzelwährungen erzwingen, sollten Politik und EZB selbst handeln und die in der zweigeteilten Entwicklung liegenden Chancen wahrnehmen.

Eine solche Differenzierung hätte für beide große Vorteile:

Die in der Eurozone verbleibenden Länder könnten durch eine höhere Toleranz gegenüber Inflation und entsprechenden regelmäßigen Abwertungen ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit wiedergewinnen. Sie brauchten sich nicht weiter von der EU und der EZB in die „Zwangsjacke germanischer Stabilitätssphobie“ zwingen zu lassen, denn genau so empfinden es die aufgebrachtsten Studenten in Athen und die wütendsten Arbeitslosen in Lissabon. Anstatt sich von außen Rosskuren, eine Schrumpfung ihrer Wirtschaftsleistung, die Erhöhung der Arbeitslosigkeit aufzwingen zu lassen, können sie wieder das tun, was sie vor der Einführung des Euro auch konnten: auf ihre Art wettbewerbsfähig bleiben. Kann jemand ernsthaft glauben, dass Griechenland oder Portugal ihren Schuldenberg abbauen können, indem sie ihr eigenes Wachstum abwürgen, Insolvenzrekorde ihrer Unternehmen verzeichnen, Arbeitslosigkeit induzieren und somit die Steuerbasis austrocknen? Die südlichen Euroländer haben seit der Einführung des Euro mehr als ein Drittel ihrer Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Deutschland eingebüßt, weil sie weder durch Reformen reagieren wollten, noch durch Abwertungen reagieren konnten. Der derzeitige Kurs der Europapolitiker nimmt ihnen jede Perspektive (Sinn 2010)! Als ich mich damals mit großem Engagement für die Einführung des Euro und die Aufnahme Italiens und Spaniens einsetzte, habe ich nicht nur nicht geglaubt, dass auch die deutsche Politik die von ihr selbst gesetzten Stabilitätshürden ignorieren könnte, ich habe auch übersehen, dass der Euro



ursächlich mit den jetzt zu Tage getretenen Problemen in den Südländern zusammenhängen könnte. Sozusagen über Nacht bekamen griechische Politiker Zugriff zu Niedrigzinskrediten. Anstatt die Gelegenheit zu nutzen, um mit den neuen Spielräumen den bisher aufgebauten Schuldenberg abzubauen, ließen sie sich dazu verführen, neue Kredite aufzunehmen. Ohne den Euro wäre das gar nicht erst möglich gewesen. Auch die Immobilienblase in Spanien hätte nie das heutige Ausmaß erreicht, wenn eine eigene spanische Nationalbank die Kreditzinsen hätte erhöhen können. Vor allem: die „Südländer“ konnten ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr durch „competitive devaluations“ sichern. Italien ist seit Einführung des Euro in seiner Wettbewerbsfähigkeit arg abgerutscht. Stand es im Jahr 2000 noch auf Platz drei der Zulieferer nach Deutschland, so ist es heute auf Platz fünf. Alles das war eine direkte Folge der Einführung des Euro, wenngleich sich dies aus Sicht der deutschen Exportindustrie natürlich zunächst als ein Vorteil herausstellen sollte.

In einem ihrer eigenen Kultur entsprechenden Währungsverbund würden auch die „Nordländer“ so wirtschaften, wie sie es am besten können: fokussiert auf Begrenzung der Inflation und, als Reaktion auf ständigen Aufwertungsdruck, auf Kostendämpfung und Innovationen. Vor allem: sie würden für mangelnde fiskalische Disziplin anderer nicht mithaften müssen. Paradoxe Weise könnte dies sogar zu einer weiteren Reduzierung unterschiedlicher Währungen in der EU führen: der Widerstand Dänemarks, Schwedens und Grossbritanniens gegen eine Aufnahme in einen „Nordeuro“-Verbund wäre mit Sicherheit geringer als wenn diese mit der Aussicht verbunden wäre, in einen Krisenwährungsverbund aufgenommen zu werden.

Wenn in der EU alle Länder solidarisch für alle anderen eintreten, dann hört sich das sehr schön an, kaschiert aber, dass am Schluss niemand mehr verantwortlich ist. Das bundesdeutsche „System organisierter Verantwortungslosigkeit“ des Länderfinanzausgleichs lässt grüßen. Wenn das Ruder nicht herumgerissen wird, rauschen wir sehenden Auges in einen europäischen Zentralstaat – ohne dass der Wähler ein Wörtchen mitreden durfte. Hat der Deutsche Bundestag eine Währungs- oder eine Transferunion beschlossen? Was ist eigentlich aus der „Subsidiarität“ als Leitlinie europäischer Willensbildung geworden? Genauso wenig wie die Bundeskanzlerin noch das Wort „Freiheit“ im Munde führt, genau so selten benutzen die Europapolitiker inzwischen den Begriff „Subsidiarität“. Natürlich kann man anstelle des „Europas der Vaterländer“ für ein „Vaterland Europa“ eintreten, aber doch nicht als Nebenprodukt von jeweils „alternativlosen“ Entscheidungen über eine Währung! Wo bleibt die strategische Diskussion darüber, welche Art von Europa wir eigentlich wollen?

Um diese Diskussion in Gang zu setzen, müssen wir als ersten Schritt die Entscheidungsfreiheit wieder zurückgewinnen, das heißt mit dem Diktum der „Alternativlosigkeit“ aufhören. Um es klar zu sagen: zu behaupten, dass es einen einfachen und eleganten Ausweg aus der derzeitigen Situation gäbe, wäre genau so verantwortungslos, wie es verantwortungslos ist, die derzeitige Richtung als „alternativlos“ zu bezeichnen. Natürlich wird es nicht einfach, aus einer Währung zwei zu machen, aber es wird sicher nicht schwerer werden, als es damals war, aus siebzehn Währungen eine zu schmiden. In der Geschichte gibt es zahllose Beispiele für Rückabwicklungen von Währungsverbänden oder Teilungen von Währungsräumen, die letzten fanden zwischen Tschechien und der Slowakei und bei der Auflösung der UDSSR und Jugoslawiens statt. Das war nicht einfach, aber der Begriff „Alternativlosigkeit“ wäre dort wohl eher angebracht gewesen als in der heutigen Situation des Einheitseuros. Zur Zeit wird unter anderem auch unter Hinweis auf solche Schwierigkeiten die Alternativlosigkeit eines „weiter so“ begründet.

Da wird ernsthaft vor einem Sturm der Griechen, Portugiesen und Iren auf die Banken in Athen, Lissabon und Dublin gewarnt. Dieses anscheinend plausible Szenario entpuppt sich schnell als Panikmache, wenn einige „Nordländer“ koordiniert aussteigen, eine eigene neue Währung zu einem festen Wechselkurs zum Euro begründen, die EZB die entsprechenden Eurovolumen reduziert. Warum sollten die Banken dann noch erstürmt werden? Sofort würden die Zinsen auf den Konten der Eurosparer steigen, die der nordeuropäischen sinken. Mit der Logik dieser Geisterbeschwörer hätten alle Sparer ihre Guthaben in Euro schon längst aufgelöst und in die Schweiz transferiert haben müssen.

Es wird behauptet, die deutsche Industrie würde bisher besonders vom Euro profitiert haben und unter dem zu erwartenden Aufwertungseffekt des „Nordeuro“ leiden. Zunächst einmal muss man rückblickend festhalten, dass gerade Deutschland seit Einführung des Euro massiv Kapital exportiert und für Wachstum anderswo gesorgt hat. Auch was den Exportüberschuss betrifft, wurde ein Mythos geschaffen, der sich nicht nur in den Wirtschaftsmedien hält und von der Politik verbreitet wird, auch viele meiner Kollegen verbreiten ihn unentwegt. Dabei ist die Abhängigkeit deutscher Exporte von Euroländern seit Einführung der Gemeinschaftswährung sogar Schritt für Schritt gesunken (2000: 44 Prozent, 2009: 41 Prozent). Dann wird immer wieder versucht, den Euro mit dem europäischen Binnenmarkt oder gar mit der EU gleichzusetzen. Wieso soll der europäische Binnenmarkt, der seit 1992 – lange vor dem Euro – in Kraft getreten ist, nicht mehr funktionieren, wenn wir statt zehn wieder elf Währungen haben?

Sicher ist es richtig, dass den deutschen Exporteuren der schleichende Abwertungseffekt des heutigen Euro gerade recht ist. Aber man muss berücksichtigen, dass seit seiner Einführung auch die deutschen Importe stark gestiegen sind. Wir sind inzwischen nicht mehr nur Exportsondern auch ImportvizeWeltmeister. Importe nach Deutschland sind auch in den letzten Monaten wesentlich schneller gewachsen als Exporte aus Deutschland. Im November 2010 hatte Deutschland soviel importiert wie noch nie in seiner Geschichte. Jedem negativen Effekt durch eine Aufwertung muss deshalb auch der positive Effekt durch die Senkung der Importkosten entgegen gerechnet werden. Das wirkt sich positiv für die Kaufkraft der Arbeitnehmer, Rentner, ja, aller Konsumenten aus und stabilisiert die Inflationsrate. Inzwischen holen wir uns über einen zu niedrigen Eurowechselkurs zusätzliche Inflation ins Land. Deshalb ist für deutsche Exporteure eine Aufwertung nicht nur eine Herausforderung: heute werden 44 Prozent der Exporte als Vorleistungen vorher importiert. Auch die Größenordnung des zu erwartenden Aufwertungseffekts wird über die Maßen dramatisiert, um an dem Tabu des Einheitseuros und der Alternativlosigkeit nicht rütteln zu müssen, leider auch von Vertretern des BDI, die es eigentlich besser wissen müssten. Als „Worst-case“-Szenario kann man hier durchaus das Beispiel des Schweizer Franken verwenden. Obwohl die Schweiz zusätzlich noch den Aufwertungseffekt einer „Fluchtwährung“ ertragen muss – wer bunkert schon sein Geld in Deutschland? – hat die Aufwertung des Schweizer Franken die dortige Exportindustrie zwar getroffen, aber sie wird damit fertig. Für dieses Jahr werden stattliche 2-Prozent-Wachstum für das BIP vorhergesagt, die Arbeitslosenrate ist nicht einmal halb so hoch wie die in Deutschland. Der Schweizer Chef der „Economiesuisse“, dem Äquivalent des deutschen BDI, spricht genau die Sprache, die meine Vorgänger und ich selbst immer zu D-Markzeiten auch benutzt haben: „Wir wollen einen starken Schweizer Franken“.

Das Erfolgsmodell der deutschen Industrie war über Jahrzehnte verbunden mit einer stabilen, starken und inflationsarmen Währung. Sie war dauernder Antrieb zu Kostendisziplin, Innovation und Kreativität. 17 Aufwertungen haben damals nicht nur die D-Mark gestärkt – auch die ex-

portierende Industrie wurde dauernd „auf Trab“ gehalten. Wie lange noch lässt sich die deutsche Industrie vom süßen Gift eines abgewerteten Euros verführen?

Bleibt noch das Argument der durch den Euro unterbundenen „competitive devaluations“ unserer südlichen Wettbewerber. Sicher hat das Ausbleiben von Abwertungen der Lira das Leben deutscher Exporteure erleichtert. Genau dieser Effekt war auch eine der Begründungen, die ich für die Einführung des Euro bei meinen damals skeptischen Kollegen immer wieder ins Feld geführt habe. Aber wenn dieser Effekt bedeutet, dass diese Länder gerade dadurch in essentielle Schwierigkeiten gestürzt werden und der deutsche Steuerzahler sie dann wieder daraus befreien muss, relativiert sich auch dieser Vorteil sehr schnell. Es wäre schon viel gewonnen, wenn man die Schutzschirme, Garantien und Aufkäufe zweifelhafter Staatsanleihen durch die EZB als das sieht, was sie wirklich sind: zum einen, eine aufwändige Klammer, um die beiden in Europa real existierenden Wirtschaftssysteme in einer gemeinsamen Währung auf unnatürliche Weise zusammenzuhalten; zum anderen, ein Vehikel, um die schwierigen Entscheidungen zur Refinanzierung von Staaten und Banken auf die lange Bank schieben zu können.

## 5 Fazit und Ausblick

„Scheitert der Euro, scheitert Europa“, proklamiert die Kanzlerin. Das ist nicht nur falsch, es ist leichtsinnig und verantwortungslos. Es ist falsch, weil es Europa auch schon vor der Einführung des Euro gab und auch nach einem Einheitseuro geben wird, nebenbei ist auch heute der Euroraum noch lange nicht identisch mit dem viel größeren Europa. Es ist leichtsinnig, weil Alternativen zum Tabu erklärt und damit jede Verhandlungsposition der Deutschen im europäischen Poker um glaubwürdigere Stabilitätsmechanismen untergraben wird. Es ist verantwortungslos, denn ein Scheitern des Einheitseuro kann man nicht mehr ausschließen, und gerade für diesen Fall muss doch möglicher Panik vorgebeugt werden anstatt den Boden dazu vorzubereiten.

Besonders kritikwürdig sind Voraussagen, dass das gedeihliche Zusammenleben in Europa, ja sogar der Friede, gefährdet würde. Eher ist die Geschichte Zeuge zahlreicher Beispiele für das Gegenteil. Wo immer Vielvölkerstaaten künstlich zusammen gepresst wurden, entwickelten sich Fliehkräfte, die dann oft nicht mehr zu kontrollieren waren. Auch hier lassen die jüngsten Beispiele Tschechoslowakei, Jugoslawien und die UDSSR grüßen. Diese Staaten sind, nicht wegen des Scheiterns des Kommunismus, sie sind nach seiner Überwindung auseinandergefallen; trotz vorhandener Einheitswährungen.

Es hat noch nie funktioniert, Ängste vor etwas mit dem Schüren von noch größeren Ängsten vor etwas anderem zu bekämpfen. Es war immer schon besser, ein Ende mit Schrecken zu provozieren, als ein Schrecken ohne Ende zu tolerieren.

## Literaturverzeichnis

- Europäische Union (1992): Vertrag über die Europäische Union. <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11992M/htm/11992M.html>
- Henkel, Hans-Olaf (2010a): Europa braucht zwei Währungen. *Focus*, 29.11.2010.

- Henkel, Hans-Olaf (2010b): *Rettet unser Geld! Deutschland wird ausverkauft – Wie der Euro-Betrug unseren Wohlstand gefährdet*. München.
- RP-Online (2009): Nur noch drei Geberländer: Seehofer stellt den Finanzausgleich in Frage. 21.11.2009.
- Sinn, Hans-Werner (2010): Empfehle den Abschied vom Euro. *Kurier*, Nr. 70 vom 11.03.2010.